

## N i e d e r s c h r i f t

**über die 64. (895.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Donnerstag, den 25. März 2021, 19.30 Uhr, im Haus der Insel, großer Saal  
- unter verkürzter Ladefrist -**

---

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund  
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen  
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies  
Ratsherr Sascha Bents  
Ratsherr Robin Kuper  
Ratsherr Ron Piekarski  
Ratsherr Kim Streitböcker  
Ratsherr Sigurd Uecker  
Ratsherr Jochen Voß

Es fehlt entschuldigt:

Ratsherr Olaf Sommer

Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes  
Kämmerin Cornelia Baller  
Protokollführerin Katja Heimes

Bürgermeisterin Heike Horn

**Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er entschuldigt die krankheitsbedingte Abwesenheit von Bürgermeisterin Horn und wünscht ihr baldige Genesung. Außerdem verweist er auf die Gerüchte, Frau Horn sei wegen der letzten Sitzung des Betriebsausschusses ins Krankenhaus gekommen. Er verbitte sich solche Gerüchte zu verbreiten und empfinde dies als Unverschämtheit.

**Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**

Ratsherr Streitböcker teilt mit, dass er nach § 41 NKomVG zu Punkt 15 nicht an der Beratung und Abstimmung teilnehmen wird.

Ratsvorsitzender Adelmund wird am Ende der Sitzung eine Stellungnahme des Rates zum Raumordnungsverfahren der Seetrassen vortragen.

**Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 63. (894.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 25.02.2021**

Die Niederschrift über die 63. (894.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 25.02.2021 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 63. (894.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 25.02.2021 wird mit 8 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

### **Zu Punkt 5: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

- a. Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet, dass im Verwaltungsausschuss beantragt wurde die Lärmschutzverordnung hinsichtlich der Mittagsruhe vorerst auszusetzen, bis wieder Tourismus stattfindet. Die Baufirmen erhalten die Möglichkeit durchzuarbeiten. Damit verbunden sei, dass keine Ausnahmen für eine Verkürzung des Baustopps in den Juni erteilt werden. Für die Aussetzung der Lärmverordnung werde eine Vorlage erstellt.
- b. Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass im Verwaltungsausschuss über die Erweiterung der Sondernutzungsflächen in der Fußgängerzone gesprochen wurde. Es seien verschiedene Varianten besprochen worden. Beschlossen wurde, dass für die Saison 2021 die Ausweitung der Sondernutzungsflächen wie im Vorjahr erfolgen soll.
- c. Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass das Fahrradverbot in der Fußgängerzone bis zum Beginn des Tourismus ausgesetzt werden soll.

### **Zu Punkt 6: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**

#### **Uwe Garrels**

Herr Garrels verweist auf die Bekanntgabe der Eilentscheidungen unter den Punkten 7. und 8. und bittet die Vorlagen auf die Homepage zu veröffentlichen.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass dies erst nach der öffentlichen Bekanntgabe erfolgen könne.

### **Zu Punkt 7: Bekanntgabe Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG hier: Umsetzung Entwicklungsvorschlag Altenburg und Beendigung Umbau KWC (s. Vorlage Nr. VO21-044)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

### **Zu Punkt 8: Bekanntgabe Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG hier: Sanierungs- und Ausführungsplanung Sanierungskonzept Brücken (s. Vorlage Nr. VO21-045)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt. Inzwischen seien verschiedene Daten erhoben worden und das Sanierungskonzept sei derzeit in der Ausführungsplanung.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 9: Anfrage Wolfgang Göthel  
Vorhaben: Anbringung einer Lamellendachkonstruktion am Inselhotel  
Göthel, Hauptstraße Biergarten Pier 2  
(s. Vorlage VO21-043)**

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag des Herrn Göthel auf Anbringung einer Lamellendachkonstruktion aufgrund der Vorgaben des § 3 Absatz 4 der Satzung über die Erhaltung baulicher Anlagen und der Eigenart von Gebieten in der Gemeinde Langeoog (Erhaltungssatzung) abzulehnen, da die städtebauliche Gestalt des Gebietes durch die beabsichtigte bauliche Anlage beeinträchtigt wird.

**Zu Punkt 10: Jahresabschlüsse 2019 der Eigenbetriebe Tourismus-Service Langeoog und Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog  
(s. Vorlage Nr. VO21-047)**

Der Rat beschließt mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

1. den Jahresabschluss und den Lagebericht des Tourismus-Service Langeoog festzustellen und den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.
2. den Jahresabschluss und den Lagebericht der Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog festzustellen und den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.
3. der Betriebsleitung Entlastung zu erteilen.

**Zu Punkt 11: Auftragsvergabe „Wachdienst 2021“  
(s. Vorlage Nr. VO21-048)**

Der Rat beschließt einstimmig den Auftrag für den Strandsicherheitsdienst und die Überprüfung der Corona-Maßnahmen Saison 2021 zum Preis von € 32.160,80 netto an Sicherheitsdienstleistungen Höhl aus Barßel zu vergeben.

**Zu Punkt 12: Sportprogramm 2021 - 2023  
(s. Vorlage Nr. VO21-049)**

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf seine Ausführungen im Betriebsausschuss. Er würde es begrüßen, wenn am Strand wieder eine feste Person als Ansprechpartner und mit Wiedererkennung für die Gäste tätig wäre. Außerdem sollten traditionelle Sportarten mit modernen gemischt werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes antwortet, dass man bemüht sei in dem Bereich Kontinuität reinzubringen. Das dritte Jahr in Folge würde über die Firma Iventos die gleiche Sportleitung auf der Insel tätig. Es könnten gerne auch andere Alternativen besprochen werden.

Ratsherr Piekarski fragt nach der Nutzung der Tennishalle und der anliegenden Wohnräume. Das Sportzentrum sei derzeit wegen baulicher Mängel stillgelegt.

Allgemeiner Vertreter Heimes kann zur Fertigstellung der Halle derzeit keine Auskunft geben. Zurzeit erfolge die Abstimmung der Arbeiten und des Zeitaufwandes. Die Wohnungen im Gebäude seien von der Stilllegung nicht betroffen.

Der Rat beschließt einstimmig den Auftrag für die Durchführung der Sport-Programme in den Jahren 2021 bis 2023 für eine jährliche Pauschale von netto € 72.750,00, zzgl. 19 % MwSt. = € 13.822,50, insgesamt brutto € 86.572,50 an die Agentur Iventos in Bochum zu vergeben.

**Zu Punkt 13: Reparatur Drehgestelle Flachwagen Nr. 27 und Nr. 28  
(s. Vorlage Nr. VO21-050)**

Ratsherr Bents erklärt, dass er auf Nachfrage im Betriebsausschuss bestätigt habe, der Flachwagen sei aus dem Jahr 1883. Richtig sei, dass lediglich die Drehgestelle aus diesem Jahr stammen.

Der Rat beschließt einstimmig die Reparaturarbeiten der 4 Drehgestelle zu einem voraussichtlichen Preis von € 36.075,20 netto an die MaLoWa Bahnwerkstatt GmbH, Hauptstraße 10, 06308 Benndorf und zwei Spezialtransporte mit je zwei Drehgestellen an die Spedition Peter Janssen zum angefragten Preis von € 2.800,00 netto zu vergeben.

**Zu Punkt 14: Antrag Frau Dr. Gabriele Hübener, Kiebitzweg 4, 26465 Langeoog  
Kaufantrag eines Grundstückstreifens vor dem Haus Kiebitzweg 4  
(s. Vorlage Nr. VO21-055)**

Der Rat beschließt einstimmig den Verkauf eines Teilstückes des Flurstückes 31/10 der Flur 8 zur Größe von 33 qm an Frau Dr. Gabriele Hübener unter der Voraussetzung, dass der Gutachterausschuss für Grundstückswerte Aurich ein aktuelles Gutachten über den Verkehrswert erstellt und in die Bewertung den bisher baurechtswidrigen Zustand des Grundstücks mit der einhergehenden Überschreitung der Grundflächenzahl berücksichtigt. Die Kosten für das Gutachten hat die Antragstellerin wie alle weiteren mit dem Ankauf verbundenen Kosten zu übernehmen. Die Duldung der Fläche als Straßenbegleitgrün ist vertraglich auch für mögliche Rechtsnachfolger festzulegen.

**Zu Punkt 15: Antrag Onnen Schreiber, Heerenhusstraße 17 b, 26465 Langeoog  
Kaufantrag des Flurstückes 12/7 der Flur 5, Vormann-Otten-Weg 12  
26465 Langeoog  
(s. Vorlage Nr. VO21-056)**

Ratsherr Streitbürger nimmt nach § 41 NKomVG an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Rat beschließt einstimmig den Verkauf des Flurstückes 12/7 der Flur 5 zur Größe von 67 qm an Herrn Onnen Schreiber zum Gesamtpreis von € 21.775,00. Alle weiteren mit dem Ankauf verbundenen Kosten hat der Käufer zu übernehmen.

**Zu Punkt 16: Anschaffung eines Elektro Fahrersitz Transporters für die Abwasserreinigungsanlage  
(s. Vorlage Nr. VO21-057)**

Der Rat beschließt einstimmig die Anschaffung eines Elektro Fahrersitz Transporters, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes Wittmund, an den wirtschaftlich günstigsten Bieter, die Firma Willenbrock, Bremen zum Preis von € 53.907,00 brutto.

**Zu Punkt 17: Anschaffung eines Elektro Fahrersitz Schlepper für den Betrieb gewerblicher Art DSD**  
**(s. Vorlage Nr. VO21-058)**

Der Rat beschließt einstimmig die Anschaffung eines Elektro Fahrersitz Schleppers, vorbehaltlich der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes Wittmund, an den wirtschaftlich günstigsten Bieter, die Firma Willenbrock, Bremen zum Preis von € 51.800,00 brutto.

**Zu Punkt 18: Ergebnis Rechtsberatung der Variante Mehrheitsgruppe zum geplanten Interessenbekundungsverfahren**  
**(s. Vorlage VO21-060)**

Stv. Bürgermeister Janssen teilt mit, dass der Punkt aus dem Verwaltungsausschuss aufgrund der kurzfristigen Übersendung der Vorlage ohne Beschlussempfehlung an den Rat gegeben wurde. Der Rat habe am 26.01.2021 den Beschluss über die Vergabe einer rechtlichen Bewertung des Vorschlages des Rates gefasst. Diesem sei die Verwaltung nicht nachgekommen. Seitens der Verwaltung sei eine andere Kanzlei beauftragt worden. Der Ratsbeschluss hätte von der Verwaltung bei der Kommunalaufsicht beanstandet werden müssen, wenn dieser von der Verwaltung nicht umgesetzt werden könne. Wenn die Kommunalaufsicht gegen die Vergabe gewesen wäre, hätte der Rat den Beschluss aufheben müssen. Der Rat werde dem heutigen Beschlussvorschlag der Verwaltung nachkommen, jedoch vorbehaltlich der Prüfung einer vom Rat benannten Kanzlei.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass der Rat die Verwaltung mit der rechtlichen Prüfung der Variante der Ratsgruppe beauftragt habe. Dem Rat sei mitgeteilt worden, dass die Auswahl der Kanzlei über die Verwaltung erfolge und nicht vom Rat vorgegeben werden könne. Die beauftragte Kanzlei decke alle Anforderungen im Bau-, Architekten- und Vergaberecht ab. Er werde das Ergebnis der Prüfung noch vorstellen. Der erneute Antrag, jetzt das Ergebnis des Gutachtens prüfen zu lassen, würde nochmals Kosten und Zeit verursachen.

Kämmerin Baller fügt hinzu, dass die Verwaltung die rechtliche Prüfung umgesetzt habe. Hier handle es sich um ein Geschäft laufender Verwaltung. Die Verwaltung habe mehrfach die Rechtsauffassung der Kanzlei und des Landes bestätigt bekommen, dass die Errichtung und Vermarktung von Ferienwohnungen durch die Inselgemeinde Langeoog nicht erlaubt sei. Auch die Kommunalaufsicht stehe ganz klar zu der Aussage. Sie verweist auf die weiter entstehenden Kosten und appelliert jetzt in der Angelegenheit fortzufahren.

Ratsherr Uecker möchte wissen, ob mit der Kanzlei Dageförde die Inhalte des Ratsantrages besprochen und geprüft wurden. Es müsse aufgezeigt werden, welche Handlungsmöglichkeiten die Gemeinde habe und wie die Kommune Mehreinnahmen erzielen könne.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass der Beschluss des Rates Gegenstand der Prüfung gewesen sei. Alle Punkte seien geprüft und das Gutachten dem Rat zur Verfügung gestellt worden.

Ratsherr Uecker sieht darin die Fragen nicht als beantwortet.

Kämmerin Baller verweist auf die Seite 3 im Gutachten. Hier seien die Fragen des Rates wiederholt und fortlaufend beantwortet. Sie bittet die offenen Fragen zu benennen.

Stv. Bürgermeister Janssen bringt vor, dass die Kommunalaufsicht den Bau und Verkauf von Ferienwohnungen auf dem Dach des Haus der Insel als nicht möglich einstuft und auf den §124 NKomVG verweise. Die Gemeinde befinde sich aber in der Entschuldung und könne sich durch die Veräußerung der Dachflächen sanieren. Es handle sich nur um diesen einen Fall zum Zwecke der Sanierung und möglichst größten Gewinnerzielung. Bisher sei der Verkauf nur von einer Seite geprüft. Es müssten alle rechtlichen Möglichkeiten ausgelotet werden. Die Verwaltung würde sich gegen die Möglichkeit sperren.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass seit November 2020 eine Prüfung der Variante der Ratsmehrheit erfolge. Mehrmals habe die Verwaltung die Auskunft bekommen, dass eine Bebauung mit Wohnungen und anschließendem Verkauf der Dachflächen so nicht erlaubt sei. Auch die beauftragte Kanzlei habe dies bestätigt. Die Frage sei, was noch geprüft werden solle.

Stv. Bürgermeister Janssen möchte keine Prüfung durch einen Kommunalrechtler, sondern durch einen Wirtschaftsrechtler. Er verliest dazu den Text einer Prüfung für die Ratsmitglieder. Dieser Rechtsanwalt habe bestätigt, dass die Vermarktung der Dachflächen möglich sei. Es stünden zwei Meinungen gegenüber. In der Situation gebe es eine Lücke.

Ratsherr Voß wendet ein, dass dem Rat eindeutige Schreiben und Kommentare vorgelegt wurden, dass der Bau und Verkauf von Ferienwohnungen nicht möglich sei. Dies sei eindeutig rechtlich nicht möglich. Er verliest Auszüge aus der Antwort der Rechtsanwaltskanzlei Dageförde.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt richtig, dass ein Verkauf der Dachflächen durchaus möglich sei und von der Verwaltung auch nie bestritten wurde. Jedoch dürfen dort vorher keine Wohnungen gebaut und diese dann vermarktet werden.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt erneut, dass alle Möglichkeiten ausgelotet werden müssen, um in eine bessere Verhandlungsposition zu kommen. Es werde eine zweite Meinung benötigt, aber nicht von einem Kommunalrechtler.

Ratsherr Kuper erkundigt sich nach den Kosten. Die Verwaltung habe vor der Beschlussfassung vor sehr hohen Kosten gewarnt, die durch die Beauftragung auf die Gemeinde zukommen könnten.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass eine Kostenrechnung noch nicht vorliege.

Kämmerin Baller verweist auf die zunächst vorgesehene gemeinsame rechtliche und wirtschaftliche Prüfung ohne detaillierte Beschreibung des Prüfungsauftrages. Je nach Auftragsausführung hätten hierdurch extrem hohe Kosten auf die Gemeinde zukommen können. Dieses Risiko sei durch die Trennung der rechtlichen von der wirtschaftlichen Prüfung und der genauen Definition des Prüfungsauftrages eingegrenzt worden.

Ratsvorsitzender Adelmund übergibt den Vorsitz an Stv. Bürgermeister Janssen.

Ratsvorsitzender Adelmund bringt vor, dass nur eine rechtliche Prüfung erfolgt sei und fragt wie viele Kanzleien für die Auftragsvergabe abgefragt wurden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass bei mehreren Kanzleien die Stundensätze abgefragt wurden und man sich dann für die Kanzlei Dageförde entschieden habe.

Ratsvorsitzender Adelmund nimmt den Vorsitz zurück.

Stv. Bürgermeister Janssen fragt nach Angebotsabgaben und wie viele Stunden angesetzt wurden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass Bürgermeisterin Horn die Gespräche geführt habe und dies im Zusammenhang erläutert würde, wenn die Abrechnung vorliege.

Auf die Frage von Ratsherrn Uecker, nach welchen Kriterien die Kanzlei ausgewählt wurde verweist Allgemeiner Vertreter Heimes auf die Fachbereiche die die Kanzlei abdecke, die genau den Anforderungen für diese Prüfung entsprächen.

Ratsherr Voß ist überzeugt, dass die Kanzlei die Fragestellung gut ausgearbeitet habe und die Bebauung nicht möglich sei. Er sehe die Vorgehensweise der Ratsmehrheit als Provokation.

Ratsherr Piekarski ist der Meinung, dass seitens der Verwaltung eine Ausschreibung mitgeteilt wurde.

Allgemeiner Vertreter Heimes verneint dies. Eine Rechtsberatung würde nicht ausgeschrieben. Die wirtschaftliche Beratung dagegen werde ausgeschrieben.

Stv. Bürgermeister Janssen wendet ein, dass eine Ausschreibung auf Wunsch der Verwaltung erfolgen sollte.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass zunächst immer eine rechtliche und wirtschaftliche Prüfung erfolgen sollte. Diese hätte ausgeschrieben werden müssen. Rechtsberatungen müssen nicht ausgeschrieben werden.

Stv. Bürgermeister Janssen bittet den Ratsbeschluss vom 26.01.2021 vorzulesen.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass die Niederschrift noch nicht genehmigt vorliege.

Allgemeiner Vertreter Heimes verliest das Ergebnis der Antwort der Kanzlei Dageförde. Das Ergebnis wird zudem per Beamerpräsentation bekannt gegeben.

Ratsherr Piekarski beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Der Antrag wird mit 5 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ratsherr Uecker ist der Meinung, dass die Kanzlei sich in ihrer Antwort nicht festgelegt habe. Eine eindeutige Ablehnung sei das nicht. Die Inselgemeinde Langeoog sei in einer Notsituation. Das Land und die Kommunalaufsicht müssten der Kommune entgegenkommen. Man vermute nur, dass die Umsetzung nicht möglich sei. Es müsse nochmal von anderer Seite eine Untersuchung erfolgen. Der Rat versuche der Kommune finanziell zu helfen. Dies sei seine Aufgabe. Man müsse Wege der Verhandlung mit dem Land finden.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die Stellungnahmen vom Land. Diese machen deutlich, dass die Rechtsauffassung bestätigt werde.

Stv. Bürgermeister Janssen bestätigt die Aussage von Ratsherrn Uecker. Langeoog sei eine touristische Destination und der Kreis nehme die Kreisumlage gerne. Man sei auf Hilfe vom Land angewiesen und von dort sollten Möglichkeiten aufgezeigt werden, z. B. in Form der im Gutachten erwähnten Annextätigkeiten. Dies soll ein zweites Gutachten klar herausheben.

Kämmerin Baller bringt vor, dass Verkäufe von der Verwaltung eigentlich nicht gewünscht seien, Langeoog aber zukunftsfähig gemacht werden müsse. Man habe mit dem Land und dem Landkreis viele Gespräche geführt. Die Kommunalaufsicht bestehe auf ein rechtmäßiges Verwaltungshandeln und vertrete eher die Auffassung, dass beispielsweise ein Haus der Insel kein betriebsnotwendiges Vermögen sei. Darüber hinaus erläutert sie, dass die Errichtung von Ferienwohnungen als Annex­tätigkeit bedeuten würde, dass diese lediglich eine untergeordnete Rolle spielen dürfe. Es dürfe kein Bestandteil des Finanzierungskonzeptes sein, sondern könne nur im Einzelfall als „Goddie“ mit abfallen. Die Verwaltung sehe diesbezüglich keine Möglichkeiten. Das Land und die Kommunalaufsicht verneinen deutlich einen Bau und Vermarktung von Ferienwohnungen.

Allgemeiner Vertreter Heimes verliest die Antworten der Kommunalaufsicht und des Innenministeriums. Die Antwort wird zudem per Beamerpräsentation bekannt gegeben.

Stv. Bürgermeister Janssen bringt vor, dass der Rat Möglichkeiten schaffen wolle, bei einem Verkauf einen größeren Gewinn abzuschöpfen. Es müssten alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Kämmerin Baller weist auf die für eine erneute Rechtsberatung anfallenden Kosten hin. Sie gehe nicht davon aus, dass die Kommunalaufsicht ihre Rechtsauffassung ändere, wenn durch eine weitere Kanzlei ein anderes Ergebnis festgestellt würde.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf seine Präsentation vom 25.11.2020. Diese sehe noch eine Vermarktung von Ferienwohnungen vor. Er fragt, ob die angepasste Variante in die Wirtschaftsdaten eingeflossen sei.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass der Rat den Antrag auf rechtliche Prüfung beschlossen habe. Die wirtschaftliche Prüfung der Varianten sei noch nicht beauftragt. Er weist nochmals darauf hin, dass es nie darum gegangen sei, dass die Dachflächen nicht vermarktet werden können. Es gehe um die vorherige Bebauung und anschließender Vermarktung von Ferienwohnungen.

Stv. Bürgermeister Janssen stellt den Antrag für folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich der Einholung eines Zweitgutachtens zur rechtlichen Prüfung durch eine vom Rat ausgesuchte Kanzlei, das Planungsbüro Thater mit der technischen Prüfung der statischen Voraussetzungen und der damit verbundenen Auswirkungen auf den Saal für die Bebauung der Dachfläche des HDI zu beauftragen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, die Parameter für die wirtschaftliche Prüfung zusammenzustellen.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert die Vorlage. Die technische Prüfung beziehe sich auf die Dachflächen des Haus der Insel. Es gehe um die statische Herstellung der Bebaubarkeit des Daches im Rahmen einer Grundlagenermittlung. Daher könne der Auftrag erteilt werden. Dies sei mit dem Landkreis abgestimmt.

Ratsherr Piekarski fragt, warum nicht gleich ein Statikbüro beauftragt werde, wenn ein Statiker dazugekauft werden müsse.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, dass auch bauliche Auswirkungen bedacht werden müssen und daher ein Planungsbüro benötigt werde. Das Dach sei derzeit nicht darauf ausgelegt bebaut zu werden. Aufgrund der zu erwartenden hohen Kosten und der voraussichtlichen Auswirkungen auf das darunter liegende Gebäude hinsichtlich möglicher Stützen müssen eventuell bessere Alternative geprüft werden, die zu demselben Ergebnis führen.



Ratsvorsitzender Adelmund teilt mit, dass sich der Rat für das Architektenbüro Thater entschieden habe und verliert den Beschlussvorschlag. Hinzukomme die Ergänzung von Stv. Bürgermeister Janssen.

Allgemeiner Vertreter Heimes wendet ein, dass der Rat keine Kanzlei vorgeben könne. Diese Entscheidung obliege der Bürgermeisterin, so dass der Beschluss und die Umsetzung erneut geprüft werde.

Stv. Bürgermeister Janssen ist der Meinung, dass der Rat eine Zweitmeinung beauftragen dürfe. Er schlägt vor den Beschluss ansonsten um „vorbehaltlich der Einholung eines Zweitgutachtens zur rechtlichen Prüfung durch eine von Rat und Verwaltung ausgesuchten Kanzlei“ zu ergänzen.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auch für den Beschluss auf eine Prüfung.

Ratsherr Uecker äußert, dass es für ihn den Anschein mache, die Verwaltung wolle keine Zusammenarbeit.

Der Rat beschließt mit 7 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, vorbehaltlich der Einholung eines Zweitgutachtens zur rechtlichen Prüfung durch eine von Rat und Verwaltung ausgesuchten Kanzlei, das Planungsbüro Thater mit der technischen Prüfung der statischen Voraussetzungen und der damit verbundenen Auswirkungen auf den Saal für die Bebauung der Dachfläche des HDI zu beauftragen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, die Parameter für die wirtschaftliche Prüfung zusammenzustellen.

### **Zu Punkt 19: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten**

- a. Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die Stellungnahme der Gemeinde zum Raumordnungsverfahren der Seetrassen 2030.

Kämmerin Baller erläutert, dass für die Langeooger/innen über ein Rundschreiben der Gemeinde eine Musterstellungnahme verteilt wurde. Diese müsse bis zum 01.04.2021 an das Amt für regionale Landesentwicklung (ARL) Weser-Ems abgegeben werden. Sie verliert die Stellungnahme der Inselgemeinde.

Ratsvorsitzender Adelmund schließt sich an und verliert eine ergänzende Stellungnahme des Rates. Er ruft alle Bürger auf von der Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme Gebrauch zu machen.

Allgemeiner Vertreter Heimes weist darauf hin, dass die Stellungnahme vornehmlich elektronisch versendet und eine Lesebestätigung angefordert werden sollte.

- b. Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet, dass mögliche Öffnungsszenarien für die Wiedereröffnung des Tourismus erstellt werden. In Niedersachsen sollen 25 Modellregionen entstehen. Das Land erstelle die Vorgaben. Die sieben Inseln wollen sich als Modellregion bewerben und erarbeiten ein entsprechendes Konzept. Der Sicherheitsaspekt stünde dabei im Vordergrund.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass darüber hinaus Gespräche über mögliche Teststrategien geführt werden. Gäste sollen möglichst bereits getestet anreisen. Weitere Testungen sollen auf der Insel stattfinden. Er gehe kurzfristig von einem Testzentrum auf Langeoog aus.

- c. Allgemeiner Vertreter Heimes führt zum Thema Kapazitätsgrenzen Fahrgastbeförderung aus. Das Thema sei rechtlich schwierig. Die Verwaltung könne im Rahmen der Pandemieverordnung nicht eingreifen. Der Tagestourismus zu den Osterfeiertagen sei vom Land nicht eingeschränkt worden. Regelungsmöglichkeiten werde man mit dem Rat besprechen.
- d. Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass für den morgigen Freitag eine Videokonferenz für eine mögliche Öffnungsstrategie für den Tourismus anberaumt sei. Mit Vertretern der Dehoga und dem Einzelhandelsverband sowie Vertretern von Beherbergungsstätten und dem Gewerberat soll ein mögliches Öffnungskonzept besprochen werden.

### **Zu Punkt 20: Anträge und Anfragen**

1. Ratsherr Piekarski teilt mit, dass das Streaming für die Sitzungen fertig sei. Nach Rücksprache mit der IT-Abteilung sei das rausgesuchte System kommunalrechtlich und zeitnah umsetzbar. Angedacht sei einen Server für € 700,00 jährlich anzumieten. Statt einer Software werde eine eigene Domain eingerichtet. Hinzukomme ein Schnittpult und Kamera für Kosten von insgesamt € 4.625,00.

Ratsherr Piekarski stellt den Antrag für einen Beschluss im Umlaufverfahren, dass der Rat beim Streaming auf die „opt-out“ Möglichkeit schriftlich verzichte (Absicherung des Rechtes der Aufnahme seines Beitrages zu widersprechen, ohne dass dies von der Tonaufnahme erfasst wird).

Allgemeiner Vertreter Heimes bringt vor, dass dieser Rat möglicherweise auf das Recht verzichte. Der nächste Rat müsse über die Option erneut entscheiden. Das NKomVG sehe das nicht vor. Die Umsetzung müsse daher gründlich geprüft werden.

Ratsherr Piekarski erklärt, dass im Falle einer Adio-out-Lösung Mikrofone für ca. €17.000,00 angeschafft werden müssen. Diese könne der TSL eventuell über ein Förderprojekt anschaffen.

2. Ratsherr Bents stellt einen Antrag für einen verkehrsberuhigten Bereich einer Teilstrecke des Kavalierpads auf Höhe der Kindertagesstätte. Er verliest und überreicht seinen Antrag.
3. Ratsherr Voß verweist auf den Tourismus über die Osterferien mit Tagesgästen und Zweitwohnungsbesitzern. Er stellt den Antrag am Bahnhof und am Strand Toiletten zu öffnen.

Allgemeiner Vertreter Heimes antwortet, dass einige Toiletten geöffnet seien. Frage sei, ob weitere Toiletten geöffnet werden sollen und damit scheinbar eine touristische Nutzung gefördert werde. Zudem sei die zusätzliche Öffnung mit Aufwand ohne Einnahmen verbunden. Er wird die Angelegenheit klären.

Stv. Bürgermeister Janssen ist der gleichen Meinung wie Ratsherr Voß.

4. Ratsherr Uecker äußert, dass seiner Meinung nach die Schiffe zurzeit sehr voll seien und kaum die Möglichkeit bestünde den Abstand einzuhalten. Er schlägt vor, den Zugbetrieb umzustellen und zwei Züge für die jeweilige An- und Abreise einzusetzen. Somit könne am Hafen die An- und Abreise auf den Gleisen getrennt werden. Ostern erwarte er viele Zweitwohnungsbesitzer, zudem würden die Kinderkuren ihren Betrieb zurzeit wieder aufnehmen.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass auf den Schiffen derzeit eine Kapazität von 400 Fahrgästen zugelassen sei. Problem seien die Züge. Diese seien zurzeit für einen Wechsel am Hafen getaktet. Er verweist zudem auf das zusätzliche Personal bei zwei Zügen und damit verbundenen Kosten.

Ratsherr Uecker äußert, dass die Gesundheit im Vordergrund stehen müsse.

5. Ratsvorsitzender Adelmund stellt den Antrag an die Verwaltung Anträge des Rates zu bearbeiten. Er verweist auf einen Antrag des Stv. Bürgermeisters aus dem Jahr 2017 für eine detaillierte Kostenaufstellung für den Betrieb des Flugplatzes.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt richtig, dass die Kostenaufstellung mehrfach an den Rat verschickt worden sei. Die letzte Aufstellung sei dem Rat im November zugestellt worden. Die Anfrage müsse ansonsten präzisiert werden.

Ratsvorsitzender Adelmund verweist auf den Antrag von Ratsherrn Piekarski vom 10.02.2021 (Empfehlung des RPA-WTM vom 15.01.2019).

Ratsvorsitzender Adelmund verweist auf den Antrag zur Auflistung der Beraterkosten.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf eine Vorlage zum Thema im Februar.

Ratsvorsitzender Adelmund verweist auf den Antrag zur gemeinsamen Ausschreibung zur Verpachtung von Flugplatz und Gastronomie.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass dem Rat bereits mitgeteilt wurde, dass aufgrund von vielen Projekten die Bearbeitung zurzeit nicht geleistet werden könne.

Ratsherr Uecker verweist auf seinen Antrag auf freies WLAN für alle. Dieser liege drei Jahre zurück.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf das Ausscheiden diverser Mitarbeiter im Tourismus-Service. Aus einer Förderung seien sieben Geräte vorhanden. Die IT-Abteilung und der Tourismus-Service würden derzeit geeignete Stellen erarbeiten. Problem sei, dass Anschlüsse von privaten Anbietern benötigt würden. Geplant sei die Einrichtung auf der Strecke vom Bahnhof über Hauptstraße, Barkhausenstraße, Kurviertel und Hauptbad. Die Angelegenheit sei aktuell in Bearbeitung.

Ratsherr Kuper erinnert an seinen Antrag bezüglich der Anschaffung eines Bürger- und Ratsinformationssystems. Er erinnert an das zugesagte Referenzprojekt.

Allgemeiner Vertreter Heimes antwortet, dass Bürgermeisterin Horn aktiv in der Bearbeitung sei.

Ratsherr Kuper erinnert an den Antrag für einen Controller.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass es dazu verschiedene Beschlüsse gebe. Die Einstellung sei erforderlich, gleichzeitig müsse aber auch auf die Kosten geachtet werden, auch wenn sich ein Controller auf Dauer im Grunde selbst finanziere.

### **Zu Punkt 21: Einwohnerfragestunde**

#### **Sven Klette**

Herr Klette verweist den Antrag für die Errichtung einer Toilette am Kinderspielplatz. Besucher seien aufgefordert die Toiletten im Flugplatz zu nutzen. Zumeist würde aber die Toilette in seinem Restaurant aufgesucht.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass der Bau von Toiletten eine Frage des Geldes sei. Eine Lösung müsse aber dringend gefunden werden.

Die Frage von Ratsvorsitzenden Adelmund, ob die Toiletten am Flugplatz zurzeit geöffnet seien, verneint Allgemeiner Vertreter Heimes und verweist auf den derzeit nicht stattfindenden Tourismus und die nicht beschlossene Verpachtung. Hierdurch würden zudem dringend benötigte Restaurantplätze fehlen.

#### **Claudia Frech**

Frau Frech verweist auf den Punkt 18 und fragt nach der Höhe des Stundensatzes und der Stundenanzahl für den Rechtsanwalt. Außerdem möchte sie vom Rat wissen, nach welchen Kriterien dieser die Kanzlei für die Prüfung ausgewählt habe und wie hoch dort der Stundensatz sein werde.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf seine Mitteilung zu Punkt 18, wonach die Gesamtkosten nach Rechnungsstellung dargestellt würden.

Ratsvorsitzender Adelmund antwortet, dass der Rat den Antrag heute erst gestellt habe und alles Weitere abgefragt werden müsse.

#### **Rüdiger Schmidt**

Herr Schmidt fragt, ob bei Punkt 18 die statische Prüfung, vorbehaltlich der rechtlichen Prüfung beschlossen wurde.

Ratsvorsitzender Adelmund erläutert den Beschluss. Es sei die statische Prüfung beschlossen sowie die Verwaltung beauftragt worden ein zweites Gutachten zu beauftragen.

Herr Schmidt stellt die Frage, wenn das zweite Gutachten eine Bebauung und Verkauf zulasse, das Land aber weiterhin verneine und nur der Klageweg bleibe, ob das KWC wieder abgerissen werde.

Allgemeiner Vertreter Heimes antwortet, dass eine Prüfung der wirtschaftlichen Betriebsmöglichkeit von dem Beratungsunternehmen Altenburg erstellt wurde und derzeit die Planung für die Umsetzung erfolge. Die Finanzierung für den Bau erfolge durch die Genehmigung eines Darlehens in Höhe von 2 Mio. Euro.

Kämmerin Baller erläutert die Darlehensaufnahme.

Dieter Gerjets

Herr Gerjets bittet die im Ordnungsamt tätige Juristin zu den Ratssitzungen einzuladen, um rechtliche Fragen beantworten zu können.

Dieter Gerjets

Herr Gerjets fragt nach einem in der Zeitung benannten Testzentrum in der Hauptstraße 28.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass letzte Woche über das DRK Testungen erfolgt seien. Ein Testzentrum werde an einem anderen Ort entstehen. Hierzu wird es noch eine Bekanntgabe geben.

Dieter Gerjets

Herr Gerjets verweist auf die anstehende Kommunalwahl im September und fragt, welches Ratsmitglied sich wieder zur Wahl stellen wird.

Ratsvorsitzender Adelmund bittet um Geduld. Die Bekanntgabe sei jetzt noch zu früh. Die Ratsmitglieder hätten bis Juni Zeit.

Ratsherr Bents teilt mit, dass er sich zur Wahl stellen wird.

Christopher Zörner

Herr Zörner fragt, ob er es zu Punkt 18 richtig verstanden habe, dass der Landkreis eine Bebauung und anschließenden Verkauf der Dachflächen des Haus der Insel verneint habe, das Ministerium und eine Anwaltskanzlei dies bestätigt haben und dies nun eine Wirtschaftskanzlei auf Beschluss des Rates erneut prüfen soll. Außerdem wolle er wissen, ob von Seiten des Rates eine bestimmte Kanzlei vorgeschlagen werde.

Ratsherr Uecker erklärt, dass gemeinsam mit der Verwaltung eine Kanzlei ausgesucht werden soll. Der Prozess habe sich dahin ergeben, weil die Kommune dem Rat nicht entgegenkomme.

Uwe Garrels

Herr Garrels möchte wissen, wann die Öffentlichkeit an dem weiteren Verfahren zum Interessenbekundungsverfahren beteiligt werde.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf die zwei Informationsveranstaltungen für die Bürger.

Herr Garrels sieht in der Veranstaltung die Kriterien nicht erfüllt. Es gehe darum Ideen und Vorschläge äußern zu dürfen.

Ratsvorsitzender Adelmund weist darauf hin, dass Bürgermeisterin Horn eine Bürgerbeteiligung ganz klar bejaht habe. Der Prozess müsse erst einmal weiter sein.

Herr Garrels appelliert an Rat und Verwaltung zu hinterfragen, ob nicht doch die Möglichkeit der Bebauung und Verkauf möglich sei. Herr Dr. Otto habe eine bestimmte Auffassung zu dieser Sache.

#### Frank Niemeyer

Herr Niemeyer verweist auf die Frage von Herrn Schmidt und den Weiterbau des Kur- und Wellnesscenters. Er richtet seine Frage an den Rat. Wenn zwei Rechtgutachten zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, müsste geklagt werden. Die Frage sei, warum überhaupt unterschiedliche Auffassungen bei Rat und Verwaltung bestünden.

Ratsherr Uecker verweist auf seine Ausführungen. Seiner Auffassung müsse nicht geklagt werden. Es müsse versucht werden eine gemeinsame Lösung zu finden. Es gehe um Langeoog. Wenn die Finanzen nicht geregelt seien, habe dies Folgen. Land und Landkreis müssen verstehen, dass man sich in einer Zwangssituation befinde.

#### Bärbel Kraus

Frau Kraus äußert, dass Herr Garrels Herrn Dr. Otto ins Gespräch gebracht habe. Sie möchte wissen, ob bei dem Antrag des Rates immer noch die Kanzlei ernst & young im Fokus stehe.

Ratsherr Uecker antwortet, dass der Rat bezüglich der Kanzlei offen sei.

#### Vanessa Schmidt

Frau Schmidt möchte wissen, was sich zwischen den Anträgen Union für Langeoog/SPD/Die Grünen zur Prüfung geändert habe.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass kein Verkauf der Dachflächen vorhanden war.

Frau Schmidt äußert, dass seinerzeit die Mehrheitsgruppe gegen einen Verkauf des Rathauses gewesen sei.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass Veräußerungen stattfinden müssen. Das Rathaus sei im Vorschlag enthalten. Es solle aber noch ein Bürgervotum stattfinden. Wenn der Bürger kein Verkauf wünsche, würde auch keiner vorgenommen. Das Konzept beruhe derzeit auf der Verlegung des Rathauses in das alte KWC.

#### **Zu Punkt 22: Schließung der Sitzung**

Ende: 21.42 Uhr



Rainer Adelmund  
Ratsvorsitzender



Katja Heimes  
Protokollführerin